



„Wo existiert eine Staatsbedürftigkeit? In der Pflege beispielsweise existiert dieser Konsens nicht mehr als Selbstverständlichkeit“, so Prof. Silke van Dyk.

Foto: DPA

# Meins? Deins? Unseres?

Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) wird 50 und beschäftigt sich auf seiner Jubiläumstagung mit der Frage: Wie ist Sozialstaat leistbar?

Von Sven Grünewald

**Göttingen.** Lebensverhältnisse entwickeln sich auseinander – Kleinräumig innerhalb der Städte, des ländlichen Raums und von Branchen. Das glaubt Prof. Bernhard Vogel vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), der auf der Jubiläumstagung anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Instituts sprach.

Die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts hänge sehr stark mit der Quantität und Qualität öffentlicher Güter zusammen, so Vogel. Doch der Staat zieht sich zurück. Prof. Silke van Dyk illustrierte den dadurch entstehenden neuen Regulations- und Diskussionsbedarf im Sozialen am großen Bereich des ehrenamtlichen Engagements.

„Was heißt es, wenn der Staat nicht mehr am Start ist? Bürgerbusse, Grünpflege, Nachmittagsgestaltung in Schulen und Demenzzpflege seien Beispiele, in denen Bürger selbst aktiv werden. „Wo existiert eine Staatsbedürftigkeit? In der Pflege, beispielsweise existiert dieser

Konsens nicht mehr als Selbstverständlichkeit“, so van Dyk.

Der zunehmende Umfang des Ehrenamts sei einerseits zwar schätzenswert, doch sei er auch eine Folge des Rückzugs des Staates. „Engagierte sind Seismografen sozialer Defizite“, so van Dyk.

Das Ehrenamt war einmal ein Mittelschichtenphänomen, doch mit dem Entstehen finanzieller Anreize in Form von Autowandenschildungen sei eine Grauzone zwischen Ehrenamt, Niedriglohnssektor und Schattenwirtschaft entstanden – die Engagierten sehen es mittlerweile selbst als Arbeitsmodell, wie Studien zeigen. Viele Engagierte seien heute auf dieses Geld angewiesen, weil die Rente nicht ausreicht oder sie arbeitslos sind.

Ehrenamt heißt oft aber auch Entprofessionalisierung von Tätigkeiten – zugespitzt ließe sich daher sagen: Arme helfen Armen in den Bereichen entstaatlichter Daseinsvorsorge. „Es besteht die Gefahr einer Daseinsvorsorge zweiter Klasse“, sagt van Dyk. Dadurch verschärfen

sich Verteilungskonflikte, etwa in der Frage, wer eigentlich zu den Anspruchsberechtigten der staatlichen Leistungen gehöre.

Hier habe gerade die hohe Zahl an Flüchtlingen für intensive Diskussion gesorgt. Fragen nach den Kosten für einen Hartz-IV-Empfänger im Vergleich mit denen eines unbegleiteten Flüchtlings brächten Arme gegen Flüchtlinge in Stellung.

Ein Gegenriff gegen diese Verwundbarkeit der Demokratie durch soziale Konflikte sieht Bernhard Vogel in starken öffentlichen Gütern.

Doch sei der gesellschaftspolitische Umgang mit diesen Verteilungskonflikten vor allem dadurch geprägt, dass Ansprüche mit Verweis auf die wirtschaftliche oder demografische Lage abgewiesen werden oder die Ungleichheit zur erwünschten Vielfalt umgedeutet wird.

Vogel ruft daher zu einem Mut zu Steuern und einem Mut zu steuern auf. „Öffentliche Güter werden wegen des hohen Anteils personenbezogener Dienstleistungen zuse-

hends kostspieliger. Damit sie für alle erreichbar bleiben – bei ausreichender Qualität – ist der Staat als Finanzier unverzichtbar.“

Der Kostendruck dieser öffentli-



Engagierte sind  
Seismografen  
sozialer Defizite

**Prof. Silke van Dyk**  
über Notwendigkeit und  
Schattenseiten von Ehrenamt  
und Wohltätigkeit

chen Leistungen werde noch dadurch erhöht, dass es nur eine geringe Steigerung der Produktivität gebe, die Löhne der Dienstleistenden aber dennoch Schritt halten müssten. Gleichzeitig besteht der Anspruch,

dass die Qualität steigen soll, etwa in der frühkindlichen Bildung oder der Pflege. Dafür „müssen Finanzierungsmodelle gefunden werden. Der Steuerstaat kann Ressourcen in diese Bereiche leiten“, so Vogel.

Dazu jedoch muss der Staat handlungsfähig sein. Allerdings seien Nationalstaaten hierfür häufig zu klein, da sie auch mit den Effekten der Globalisierung klarkommen müssen. Im europäischen Integrationsprozess sieht Vogel daher auch den Versuch, Globalisierung gestaltbar zu machen.

Vogel weist allerdings darauf hin, dass auch in der EU eine steuerliche Unterbietung zwischen Staaten stattfindet. Dieser Wettbewerb werde auch über Arbeitsstandards ausgetragen, eine Umverteilung finde kaum statt.

„Die Schwäche der EU bei der Gewährung hoher Standards befördert den Euroskeptizismus“, so Vogel. Politische Strukturen legitimierten sich jedoch dadurch, dass sie die Lebensumstände der Bürger spürbar verbessern.